

# Zürich

## Wo Arztlöhne gedeckelt werden

**Gesundheitspolitik** Im Kampf gegen die Überversorgung haben viele Zürcher Spitäler bei der Entlohnung der Ärztinnen und Ärzte auf Fixlöhne umgestellt. Nicht so das Unispital, wo Kaderärzte am meisten verdienen.

Susanne Andereg

In keinem anderen Betrieb des Kantons können Angestellte so viel verdienen wie im Unispital Zürich und im Kantonsspital Winterthur. Das zeigt die Antwort der Regierung auf eine Interpellation von SP, GLP und CVP, die heute im Kantonsrat diskutiert wird. Demnach erzielten im Jahr 2017 im Unispital 44 Personen eine Gesamtschädigung zwischen 430 000 und einer Million Franken, sieben Personen kamen auf über eine Million. Im Kantonsspital Winterthur verdienten elf bzw. eine Person entsprechend viel.

Ein Einkommen mehr als 430 000 Franken – so hoch ist das Bruttogehalt eines Regierungsrates – deklarierten sonst beim Kanton und in staatsnahen Betrieben nur noch die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich. Ebenfalls sehr hohe Vergütungen erhalten die Mitglieder der ZKB-Geschäftsleitung; der Bankrat weigerte sich aber, den Interpellanten transparent Auskunft zu geben, wie die SP kritisiert.

Auslöser des politischen Vorstosses waren Medienberichte über hohe Entschädigungen in Betrieben und Organisationen der öffentlichen Hand, besonders auch in Spitälern. Dort haben Kaderärzte die Möglichkeit, neben ihrem Fixlohn grosse Summen mit der Behandlung von Zusatzversicherten zu verdienen. Im Kanton Zürich schreibt das Honorargesetz vor, dass die Kaderärzte im Unispital und im KSW die Hälfte ihrer Zusatzhonorare an den Betrieb abliefern; die andere Hälfte dürfen sie für sich und ihr Team behalten.

Das Gesetz gilt allerdings nur für die kantonalen Betriebe. Viele andere Spitäler haben ihr Entschädigungssystem in den letzten Jahren geändert, um Fehlanreize zu beseitigen. Denn: Verdient ein Arzt am einzelnen Patienten, ist er versucht, diesen länger als nötig zu behandeln oder ihn vorschnell zu operieren. Studien zeigen, dass Zusatzversicherte häufiger operiert werden als Grundversicherte.

### Zusatzhonorare abgeschafft

Bereits zu Fixlöhnen gewechselt haben die Spitäler Wetzikon, Bülach, Affoltern, Limmattal und Kispil. Das Spital Zollikerberg stellt sein System am 1. April um. Laut Direktorin Orsola Vettori werden «alle direkt umsatzbezogenen Vergütungsanteile abgeschafft», sowohl die Honorare pro Zusatzversicherten Patienten als auch die Beteiligung am Ertrag der behandelten ambulanten Patienten. Der Gesamtlohn ist auf 500 000 Franken begrenzt, er besteht aus einem Grundlohn und einer Erfolgskomponente, die zwischen 5 und 20 Prozent ausmachen kann.

Kriterien sind dort etwa die Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit und die Fallkosten der Klinik. «Wir wollten ein System schaffen, das ethisch vertretbar und an den Zielen des Spitals ausgerichtet ist», sagt Vettori. Das Stadtspital Waid und Triemli plant ebenfalls, das bisherige Honorarmodell durch ein System mit Gesamtvergütung zu ersetzen. Das neue Modell sei

momentan in Ausarbeitung, teilt der ärztliche Direktor mit.

Die Spitäler kommen damit der Politik zuvor. Auch diese hat erkannt, dass mengenabhängige Vergütungssysteme zu Überversorgung führen. So will der Bundesrat den Spitälern auf kantonalen Listen (die Staatsbeiträge erhalten) verbieten, mengenbezogene Entschädigungen oder Boni auszuzahlen.

Auch der Zürcher Regierungsrat plant eine Revision des Spitalgesetzes und schlägt einen Paragraphen vor, wonach nur jene Spitäler einen Leistungsauftrag erhalten und auf die Spitalliste kommen, «deren Entschädigungssysteme keine Anreize für unwirksame, unzweckmässige oder nicht wirtschaftliche Leistungserbringung setzen».

In der Vernehmlassung gab es einige kritische Stimmen. Die Ärztegesellschaft lehnt den Passus ab, gleich wie das Unispital und die Belegärztevereinigung. Sie argumentieren, Entschädigungssysteme seien Teil der Unternehmensführung, da brauche es keine gesetzliche Regeln. Zudem verhindere die Vorgabe faktisch ein Belegarztsystem.

Belegärzte sind Ärzte in eigener Praxis, die Verträge haben

mit Spitälern, wo sie ihre Patienten operieren. Was mit dieser Berufsgruppe passiert, ist in der Tat ein regulatorisches Problem, zumal nicht nur Privatkliniken, sondern zunehmend auch öffentliche Spitäler mit Belegärzten zusammenarbeiten.

Listenspitäler dürften diese dann im Prinzip nicht mehr bei sich operieren lassen. Denn man kann ihnen, da sie selbstständig sind, nicht vorschreiben, auf die Honorare zu verzichten.

### Chefärzte wollen Änderung

Wenn der Staat mengenabhängige Vergütungen verbietet, besteht zudem die Gefahr, dass Kaderärzte – vorab die guten – zu Privatspitälern wechseln, wo sie mehr verdienen können. Schon heute wandern viele hochspezialisierte Ärztinnen und Ärzte aus den öffentlichen Spitälern in die Belegarztpraxis und in Privatkliniken ab, stellt Nadja Lindenmann fest. Die Chefärztin am Spital Affoltern präsidiert die Zürcher Chefärztegesellschaft.

Der Vorstand habe das Thema diskutiert und sei sich einig: «Man muss von den Honoraren wegkommen, doch es braucht weiterhin einen gewissen Wettbewerb.» Sonderleistungen soll-

ten honoriert werden können, indem es beim Lohn neben einem fixen auch einen variablen Teil gibt, findet Lindenmann. Dabei sollte jedes Spital die Kriterien selber definieren können.

Eine ähnliche Haltung vertritt der Verband der Zürcher Spitalärztinnen und Spitalärzte VSAO.

### «Wir wollten ein System, das an den Zielen des Spitals ausgerichtet ist.»

Orsola Vettori  
Direktorin Spital Zollikerberg

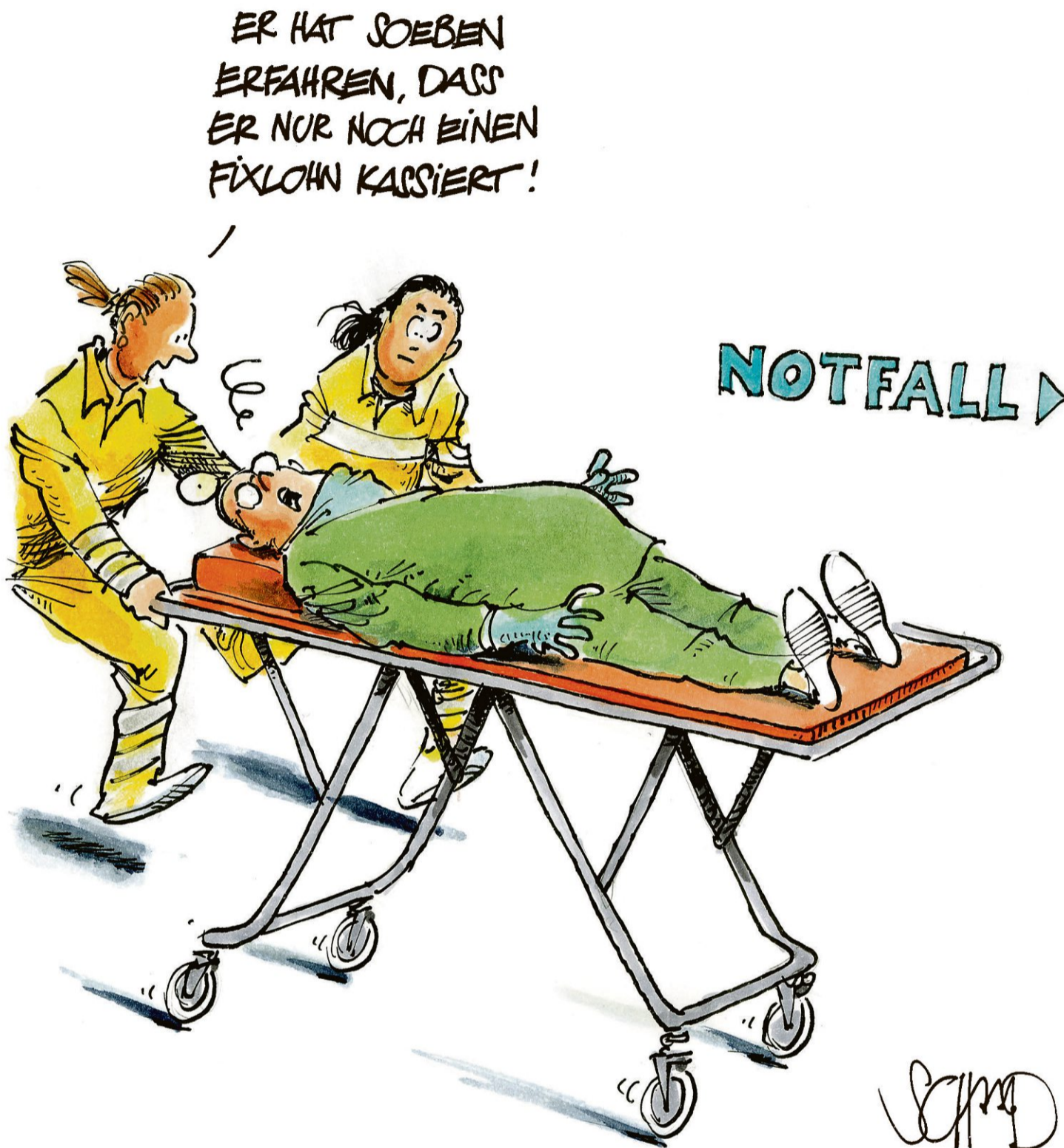
«Wir sind gegen mengenabhängige Vereinbarungen», sagt Präsidentin Jana Siroka. Für die jungen Ärztinnen und Ärzte sei vor allem wichtig, dass das Vergütungssystem fair und transparent sei. «Die grossen Verdienstunterschiede zwischen den Fachspezialitäten und ärztlichen Hierarchiestufen sind zum Teil sehr willkürlich.» Was die Zürcher Gesundheitsdirektorin Na-

talie Rickli (SVP) zur Frage meint, wird sich bald zeigen. Der Entwurf des neuen Spitalgesetzes stammt noch von ihrem Vorgänger Thomas Heiniger (FDP). Derzeit wertet die Gesundheitsdirektion die Vernehmlassung aus und diskutiert, «ob und in welcher Form eine Vorgabe von den Vergütungssystemen gemacht werden soll», wie sie auf Anfrage mitteilt. Im Mai wird Rickli dem Regierungsrat ihren Vorschlag unterbreiten.

### Gute Chancen im Kantonsrat

Im Kantonsrat hat eine Systemänderung gute Chancen, durchzukommen. Nicht nur die Linke, sondern auch die Mitte-Parteien CVP, EVP und GLP wollen die Fehlanreize beseitigen. Wer mehr operiert, soll nicht mehr verdienen. «Ich bin für einen Fixlohn mit einem variablen Teil, der nicht über die Menge definiert ist», sagt CVP-Gesundheitsexperte Lorenz Schmid.

Also das, was viele Zürcher Spitäler bereits haben. Für Schmid ist auch klar: «Für die kantonalen Betriebe müssten wir dann ein neues Honorargesetz machen.» Die Millionensaläre von Chefärzten könnten bald der Vergangenheit angehören.



### Gegner von Mario Fehr will ins SP-Präsidium

**Wahlen** An der Stadtzürcher SP-Spitze wird es einen Wechsel geben. Ein Ex-Juso will das Amt übernehmen.

Präsident der Jungsozialisten war er schon, Präsident der Zürcher SP will er werden: Der 24-jährige Oliver Heimgartner bewirbt sich für die Nachfolge von SP-Co-Präsident Marco Denoth, der im Juni zurücktritt.

In einem gemeinsamen Interview mit der Wochenzeitung «P.S.» haben die bisherige Co-Präsidentin Liv Mahrer und Heimgartner ihre Doppelkandidatur bekannt gegeben. «Ich führte mehrere Gespräche und freue mich nun, dass mein Wunschkandidat mit mir antreten will», sagt sie. Und er fügt an: «Wir funktionieren bestens als Team, und ich bin überzeugt, dass wir das auch an der Spitze der Partei tun werden.»

### Stolz auf Juso-Vergangenheit

Als Präsident der Juso Zürich sorgte Oliver Heimgartner für einen Wirbel. Er war das Gesicht der Jungsozialisten in der Zürcher Staatstrojaner-Affäre. Nach einem Hacker-Angriff auf eine italienische Firma wurde im Sommer 2015 bekannt, dass die Kantonspolizei Zürich mit dem Segen von SP-Sicherheitsdirektor Mario Fehr Überwachungssoftware gekauft hatte. Dies war angeordnet worden, obwohl umstritten war, ob die gesetzliche Grundlage dafür genügte. Die Juso waren empört über Fehr und reichten Strafanzeige gegen den SP-Regierungsrat ein.

Darauf eskalierte der Streit zwischen den Juso und Fehr. Der Sicherheitsdirektor sistierte zwischenzeitlich sogar seine SP-Mitgliedschaft. Heimgartner sagte damals: «Wenn er eine Strafanzeige einer Jungpartei gleich als Majestätsbeleidigung auffasst, ist das eines Regierungsrats unwürdig.» Die Strafanzeige und die Trojaner-Affäre blieben für Fehr juristisch und politisch folgenlos, die Juso zogen die Strafanzeige schliesslich zurück, Heimgartner trat als Juso-Präsident ab.

Nach dem Rücktritt wurde es ruhiger um ihn. «Auf meine Juso-Vergangenheit bin ich stolz», sagt Heimgartner im Interview. Seit vier Jahren übernehme er aber in der Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich viel Verantwortung. Im Hintergrund war er ziemlich untrübtig. Er war etwa Mitinitiator der Velorouten-Initiative, die innert kürzester Zeit zustande kam, und engagierte sich stark im Abstimmungskampf gegen das neue Fussballstadion mit den beiden Wohntürmen auf dem Hardturmareal.

### Ein gewichtiger Makel

Das Duo Mahrer/Heimgartner hat einen Makel: Beide sitzen nicht im Gemeinderat. Die direkte Verbindung ins Parlament, wie sie heute Gemeinderat Marco Denoth sicherstellt, würde fehlen. Für Mahrer ist das aber kein Problem. Der Austausch zwischen Präsidium und Fraktion funktioniert gut, sagt sie.

Ob am 25. Juni ein anderes Duo gegen sie antreten wird, ist noch offen. Die offizielle Ausschreibung für die Wahlen an der Delegiertenversammlung im Sommer folgt erst in der kommenden Woche.

Patrice Siegrist